

**Bundesweite Aktionswoche auch in Brandenburg:
HochschulmitarbeiterInnen protestieren gegen prekäre Verhältnisse
und für gute Arbeit in der Wissenschaft.**

Lehrbeauftragte, Wissenschaftliche MitarbeiterInnen, studentische Beschäftigte und Promovierende protestieren in der Woche vom 2. - 6. November 2015 bundesweit gegen schlechte Bezahlung, die hohe Zahl befristeter Stellen, die schlechte soziale Absicherung, mangelnde Perspektiven und die Unterfinanzierung der Hochschulen. Am Montag, dem 02.11.2015, findet in Berlin zwischen Humboldt-Universität und Brandenburger Tor ab 10.00 Uhr die bundesweite Auftaktveranstaltung statt. Außerdem sind im Laufe der Woche Aktionen wie Info-Stände, Workshops, Plakataktionen, Diskussionsveranstaltungen und Versammlungen an verschiedenen Hochschulen quer durch die Bundesrepublik und auch in Brandenburg geplant.

Die Personalräte für das wissenschaftliche Personal der Brandenburger Hochschulen, die Landesarbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Beschäftigten und Lehrbeauftragten und die GEW Brandenburg haben gemeinsam elf Forderungen an die Brandenburger Landes- und BundespolitikerInnen sowie an die Hochschulen verabschiedet, die sie anlässlich der Aktionswoche vorstellen.

Denn so geht es nicht mehr weiter: Die Unterfinanzierung der Hochschulen führt zu schlechten Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen sowie unsicheren Berufsperspektiven für WissenschaftlerInnen und HochschuldozentInnen. 9 von 10 WissenschaftlerInnen arbeiten mit Zeitverträgen, 53% davon sind kürzer als ein Jahr. Solch ein Befristungsunwesen gibt es in keinem anderen Bereich des Arbeitsmarkts. Ermöglicht wird dies durch die Sonderregelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Der Protest der WissenschaftlerInnen in den letzten Jahren zeigt erste Erfolge: Das Gesetz wird nun novelliert. Die erste Lesung im Bundestag dazu findet direkt in der Aktionswoche statt.

Daneben betreiben die Hochschulen – vor allem im Bereich Sprach- und Musiklehre – einen permanenten Missbrauch von Lehraufträgen, um das Lehrangebot zu sichern. Lehraufträge waren ursprünglich gedacht, um ergänzende Seminare von BerufspraktikerInnen an den Hochschulen anzubieten. Doch mangels regulärer Stellen, die den Hochschulen zu teuer scheinen, müssen inzwischen viele HochschuldozentInnen mit den prekären Lehraufträgen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Sie werden als Selbstständige wie TagelöhnerInnen schlecht bezahlt, ohne Absicherung im Krankheitsfall und im Alter. Lehrbeauftragte kosten die Hochschulen meist weniger als 1000 Euro für ein gesamtes Semester. Auf diese Art erhalten sich die Hochschulen das Angebot, dass sie im staatlichen Auftrag erbringen müssen.

Das Land Brandenburg wollte hier zwar Abhilfe schaffen und hat 2014 neue Regelungen zu Lehraufträgen ins Hochschulgesetz aufgenommen, die im September 2016 in Kraft treten sollen. Damit erweist es den Lehrbeauftragten aber einen Bärendienst. Die Lehraufträge sollen in Umfang und Dauer beschränkt werden. Dies wird aber einzig zu sozialen Härten bei Lehrbeauftragten führen. Ihre Situation verbessert sich dadurch keineswegs. Das Land Brandenburg muss die Regelungen daher schnellstens zurücknehmen und mit den Betroffenen neu verhandeln.

Auch leidet die Qualität von Lehre und Forschung unter den schlechten Bedingungen, die die Tätigkeit der Beschäftigten und freien DozentInnen prägen.

Für Rückfragen und zur Vermittlung weiterer Ansprechpersonen steht zur Verfügung:

*Dr. Fred Albrecht, wiss. Mitarbeiter, Universität Potsdam,
Tel.: 03319771287
albrecht[at]gew-brandenburg.de*

Brandenburger Forderungen zur bundesweiten Aktionswoche Gute Arbeit in der Wissenschaft

- 1. Soziale Härten bei Lehrbeauftragten vermeiden!** Gut gemeint, aber schlecht gemacht: Die ab September 2016 geplanten Beschränkungen von Lehraufträgen in Umfang und Laufzeit müssen sofort zurückgenommen werden, weil sie einzig auf Kosten der Betroffenen gehen. Der § 58 des Hochschulgesetzes darf so nicht in Kraft treten, sondern muss neu geregelt werden.
- 2. Keinen Missbrauch von Lehraufträgen mehr dulden!** Lehraufträge dürfen nur noch für ergänzende Lehre vergeben werden. Das Land muss den "ergänzenden Charakter" eindeutig definieren und die Einhaltung überprüfen. Für alle anderen Lehrenden fordern wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- 3. Lehrverpflichtung realistisch ansetzen, Überlastung verhindern!** Überhöhte Lehrverpflichtungen als Einsparmaßnahmen lehnen wir ab. Die Maximalgrenze in der Lehrverpflichtungsverordnung muss herabgesetzt und der Umfang nach Tätigkeiten differenziert werden.
- 4. Dauerstellen für Daueraufgaben schaffen!** Dieser Grundsatz muss im Hochschulgesetz verankert werden. Die Hochschulen sind gefordert, Dauerstellenmodelle sowie Struktur- und Personalentwicklungskonzepte zu verabschieden.
- 5. Gute Arbeitsbedingungen auch für Lehrkräfte an den Hochschulen garantieren!** Lehrkräfte für besondere Aufgaben sind nicht als Qualifikationsstellen gedacht. Wir fordern einen Tarifvertrag für Lehrkräfte an Hochschulen.
- 6. Perspektiven für WissenschaftlerInnen neben der Professur ermöglichen!** Wir brauchen Tenure-Track-Konzepte neben der Professur. Außerdem muss die Abhängigkeit der Akademischen MitarbeiterInnen verringert werden. Dafür sollte die Möglichkeit geschaffen werden, auch eigenständig einen Arbeitsbereich zu vertreten.
- 7. Dumpingkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Masterabschluss abschaffen!** Wissenschaftlich ausgebildetes Personal muss reguläre Stellen als wissenschaftliche MitarbeiterInnen erhalten und darf nicht mit prekärer Entlohnung abgespeist werden.
- 8. Tarifvertrag und Personalvertretung für studentische Beschäftigte durchsetzen!** Bekenntnisse aller Parteien vor der Wahl zu einem studentischen Tarifvertrag müssen nun in die Tat umgesetzt werden. Studentische Beschäftigte sind in das Personalvertretungsgesetz aufzunehmen.
- 9. Befristung für das Personal in Technik und Verwaltung eindämmen!** Zunehmende Befristungen des Personals in Technik und Verwaltung ohne Sachgrund müssen vermieden werden. Der Grundsatz "Dauerstellen für Daueraufgaben" gilt für alle Bereiche der Hochschulen.
- 10. Faire Mitbestimmung für alle Gruppen an den Hochschulen sicherstellen!** Die Neuregelungen zum Stimmenanteil in den Gremien müssen zurückgenommen werden, denn sie gehen zu Lasten der Gruppe der MitarbeiterInnen und bleiben hinter den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zurück. Alternativmodelle müssen endlich ernst genommen werden!
- 11. Auf Bundesebene für ein besseres Wissenschaftszeitvertragsgesetz kämpfen!** Wir fordern alle brandenburgischen PolitikerInnen im Bundestag auf, sich für eine verbindliche familienpolitische Komponente und klare Festlegungen zur wissenschaftlichen Qualifikation einzusetzen.